

Niederschrift über die 6. Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 24.09.2025, ab 18:00 Uhr in der Aula der Sekundarschule "Carl von Clausewitz" - Europaschule - in Burg, Straße der Einheit 35 a

Anwesenheit der Mitglieder des Kreistages

Landrat

Herr Dr. Steffen Burchhardt

Vorsitzender des Kreistages

Herr Markus Kurze MdL

Fraktion "Wir für das Jerichower Land"

Herr Willy Buchheim

Herr Kay Gericke

Frau Nicole Golz

Herr Jens Hünerbein

Herr Torsten Kahlo

Frau Doreen Krüger

Herr Daniel Ladwig

Herr Andreas Lange

Frau Cathleen Lüdicke

Frau Maria Pfannkuchen

Frau Marion Schnoor

Herr Marko Simon

Herr Philipp Stark

Herr Otto Voigt

CDU-Fraktion

Herr André Gröpler

Herr Mario Helmrich

Herr Andreas Hille

Herr Andy Martius

Herr Wolfgang März

Frau Ina Möbius

Herr Alexander Otto

Herr Frank-Michael Ruth

Herr Prof. Axel Teichert

Herr Frank Winter

Fraktion AfD

Frau Birgit Albrecht

Herr Raimond Bach

Herr Denny Bardehle

Herr Frank Endert

Herr Thomas Kindel

Herr Gordon Köhler
Herr Gerald Lauenroth
Herr Phillipp-Anders Rau
Herr Jan Scharfenort
Herr Maik Tietze
Frau Anna-Lena Titze

Fraktion DIE LINKE

Herr Mario Langer

Einzelbewerber

Herr Walter Henning

Beigeordneter

Herr Stefan Dreßler

von der Verwaltung

Herr Sascha Ballerstedt
Frau Martina Ede
Herr Michael Henke
Frau Ninette Horneffer
Frau Sabrina Rösler
Herr Florian Weiser
Frau Claudia Hopf-Koßmann
Frau Yvonne Pilz
Herr Henry Liebe
Herr Christian Heinrich
Herr Dr. Henning Preisler
Frau Karina Cleve

es fehlen:

CDU-Fraktion

Herr Matthias Fickel	entschuldigt
Herr Gerry Weber	entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Frau Sophie Ackermann	entschuldigt
Frau Gabriele Herrmann	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde (soll auf höchstens 30 min begrenzt sein)
- 3.1. Einwohneranfrage - Sicherheit des Schulweges an der B1 in Gerwisch **EF/03/25**
4. Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 25.06.2025 - öffentlicher Teil -
5. Bericht der Sucht- und Drogenberatung Jerichower Land
6. Stellenplan 2025 **01/102/25**

- | | | |
|-----|---|------------------|
| 7. | Bestätigung zur weiteren Erschließung des Landkreises im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus des Bundes nach der Gigabit-RL 2.0 "Graue Flecken" - Förderaufruf 2025 | 01/088/25 |
| 8. | Fortschreibung SEPL BbS neuer Bildungsgang | 01/092/25 |
| 9. | Fortschreibung SEPL Außenstelle Lindenschule | 01/094/25 |
| 10. | Abdeckung des Jahresfehlbetrages der NJL mbH für das Geschäftsjahr 2024 | 01/085/25 |
| 11. | Entlastung des Aufsichtsrates der NJL mbH für 2024 | 01/084/25 |
| 12. | Abberufung des Kreisbrandmeisters | 01/097/25 |
| 13. | Antrag der CDU Fraktion zum Bildungsantrag | AG/15/25 |
| 14. | Antrag der Fraktion AfD - Erstellung eines Informationsschreibens an alle syrischen Staatsbürger im Leistungsbezug | AG/13/25 |
| 15. | Antrag der Fraktion AfD - Digitalisierung des Schülertickets | AG/14/25 |
| 16. | Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen | |
| 17. | Anfragen und Anregungen | |
| 18. | Schließen des öffentlichen Teils | |
| 23. | Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse | |
| 24. | Schließen der Sitzung | |

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest.

Bei der Anwesenheit von 39 beschließenden Mitgliedern stellt er die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass Änderungsanträge der Verwaltung zur Tagesordnung vorliegen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 14 nicht in die Zuständigkeit des Kreistages nach § 53 Abs. 5 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt fällt.

Der Tagesordnungspunkt ist daher gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landkreises Jerichower Land von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Köhler führt zum Antrag der Fraktion AfD – Erstellung eines Informationsschreibens aus.

Der Vorsitzende des Kreistages bittet um Abstimmung Tagesordnungspunkt 14 von der Tagesordnung abzusetzen.

Dem Antrag der Verwaltung wird mehrheitlich zugestimmt.

Des Weiteren regt die Verwaltung an, TOP 20 und TOP 21 in der Tagesordnung zu tauschen.

Der Vorsitzende des Kreistages bittet hierzu um Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass es keine weiteren Änderungsanträge gibt.

Der Kreistag stimmt der geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

beschlossen: Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 6 Enthaltung: 0

TOP 3

Einwohnerfragestunde (soll auf höchstens 30 min begrenzt sein)

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass keine schriftlichen und mündlichen Einwohneranfragen vorliegen.

Die schriftliche Einwohneranfrage sowie weitere, das gleiche Thema betreffende, Fragen werden unter TOP 3.1. durch den Landrat beantwortet.

Einwohner 2 schildert die schlechten Straßenzustände in der Gemeinde Zeppernick. Die Sanierung der Straße ist immer wieder im Haushaltsplan eingeplant und wird immer wieder nach hinten verschoben. Die Unzufriedenheit unter den Bürgern ist daher sehr hoch. Er beanstandet auch die mangelhafte Versorgung mit Datenleitungen. Die Leitungen sind verlegt, es erfolgt jedoch kein Anschluss der Häuser durch MDDSL.

Der Beigeordnete führt aus, dass es bekannt ist, dass sich die Kreisstraße zwischen Brietzke und Kalitz in einem schlechten Zustand befindet. Die Sanierung der Straße ist im Haushaltsplan eingeplant. Die Planung sowie der grundlegende Ausbau der Ortsdurchfahrt Brietzke sind für die Haushaltsjahre 2028 ff eingeplant. Hierbei soll die Planung in den 2028/2029 und der Bau ab 2029/2030 durchgeführt werden. Im Moment ist keine Verzögerung in dieser Planung zu erkennen.

Einwohner 2 äußert sein Unverständnis zur geplanten Zeitschiene.

Der Beigeordnete führt aus, dass die Baumaßnahme zur Straßensanierung neu in den Haushalt aufgenommen wurde. Diese war bislang nicht eingeplant, wird aber auf Grund des Zustandes als dringend notwendig erachtet, daher nun die Aufnahme in die Haushaltsplanung.

Einwohner 2 berichtet von schwierigen Zuständen bei Regen, da die Straße starke Auswaschungen aufweist.

Der Beigeordnete informiert, dass kleinere Ausbesserungen durchaus stattfinden. So wurde auch ein Schachtdeckel herabgesetzt, damit es hier zu keinen Schäden an Fahrzeugen kommt.

Der Landrat schildert die engen Vorgaben in den Vergabeverfahren zum Breitbandausbau. Die Zufriedenheit mit den unterschiedlichen Anbietern weicht stark voneinander ab.

Der Landrat unterbreitet das Angebot, dass der Einwohner ihm im Nachgang zur Sitzung genau schildert, wo eine bessere Verbindung notwendig ist. Es ist in der Vergangenheit passiert, dass dem Landkreis gemeldet wurde, dass die Ortschaft oder Straße erschlossen ist, ein Anschluss jedoch nicht bis zu den Häusern gelegt wurde. Hier müsste dann nachgebessert werden. Oder ob eine Unzufriedenheit in Bezug auf die Datenqualität vorliegt. In beiden Fällen kann der Landkreis hierzu in den Kontakt mit dem Anbieter treten.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass keine weiteren Einwohneranfragen vorliegen und schließt die Einwohnerfragestunde.

TOP 3.1

EF/03/25

Einwohneranfrage - Sicherheit des Schulweges an der B1 in Gerwisch

Vorlage: EF/03/25

Der Landrat führt zu den Fragen wie folgt aus:

Zu Frage 1:

Die der Polizei sowie den Landkreisen und kreisfreien Städten gleichermaßen eingeräumte Ermächtigung versteht sich nicht als Pflichtaufgabe. Nach pflichtgemäßem Ermessen haben die genannten Stellen zu entscheiden, ob und gegebenenfalls wie und wo sie Maßnahmen zur Überwachung von Rotlichtverstößen durchführen. Bei einer solchen Entscheidung sind stets straßenverkehrsrechtliche Aspekte, die eigene Leistungsfähigkeit und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen.

Die untere Straßenverkehrsbehörde hat an zahlreichen Tagen zu unterschiedlichen Zeiten die Verkehrsverhältnisse im Bereich der Fußgängerlichtsignalanlage Gerwisch überprüft. Zwar konnten vereinzelte Rotlichtverstöße beobachtet werden, doch haben diese in keinem Fall dazu geführt, dass der fließende Verkehr und Fußgänger in gefährdender Art und Weise aufeinandertreffen. Insofern konnten die vorgetragenen Gefährdungen von Schülern und anderen Fußgängern nicht bestätigt werden. Gezeigt hat sich dagegen, dass die Anpassung der Signalzwischenzeiten (Verlängerung derzeit zwischen dem Abschalt-Rot im fließenden Verkehr und dem Einschalt-Grün für Fußgänger) zur Minimierung möglicher Gefahren beigetragen haben.

Die bei den Kontrollen der unteren Straßenbaubehörde beobachteten Rotlichtverstöße waren im Hinblick auf die Möglichkeit einer Ahndung durch einen entsprechenden Rotlichtblitzer sehr gering. Um diese Verstöße rechtlich ahnden zu können muss eine Überschreitung des Rotlichtsignaleingangs um 1,3 Sekunden stattfinden. Eine Effektivität sowohl bei der Ahndung als auch in Bezug der Verkehrssicherheit wird hier von Seiten des Landkreises nicht gesehen.

Zu Frage 2:

Der Gesetz- und Verordnungsgeber sieht die Fußgängersicherheit an Knotenpunkten mit Lichtsignalanlagen bereits als derart hoch an, dass die Anordnung von zusätzlichen Gefahrenzeichen **ausgeschlossen** wurde. Eine Ausnahme bildet Zeichen 131 (Achtung! „Ampel“). Dieses darf aber nur unter ganz engen Voraussetzungen angeordnet werden, die in Gerwisch nicht erfüllt sind.

Ein Gefahrenzeichen „Achtung Blitzer“ existiert nicht, gleiches gilt z.B. auch für ein Zusatzzeichen mit der Aufschrift „Radarkontrolle“. Die vorgenannte Beschilderung ist nicht Teil

des bundeseinheitlichen Verkehrszeichenkatalogs. Die untere Straßenverkehrsbehörde darf nur Verkehrszeichen anordnen, die auch tatsächlich in diesem enthalten sind. Sie besitzt kein Erfindungsrecht. Ausnahmen hiervon können in Sachsen-Anhalt vom Landesverwaltungsamt genehmigt werden. Der Beschilderung der Fußgängerlichtsignalanlage Gerwisch mit einem erdachten Zusatzzeichen „Radarkontrolle“ wurde jedoch nicht zugestimmt, auch nicht im Rahmen einer sogenannten Erprobungsanordnung.

Zu Frage 3:

Wie bereits bei Frage 1 ausgeführt, fanden mehrere Kontrollen durch die untere Straßenverkehrsbehörde statt. Die Ergebnisse dieser Prüfungen der Verkehrsverhältnisse wurden der Gemeinde Biederitz stets mitgeteilt. Verkehrsrechtliche Anordnungen wie die Änderung der Signalzeiten für sehbehinderte Menschen und der Zwischenzeiten werden stets - so auch in diesem Fall - den Gemeinden zur Kenntnis übersandt.

Im Anschluss an diese Ausführungen unterbreitet der Landrat das Angebot, einen festen Blitzer in beide Richtungen in der Nähe des Fußgängerüberwegs zu installieren. Er knüpft dieses Angebot jedoch an einen Gemeinderatsbeschluss der Gemeinde Biederitz, in welchem sich diese einverstanden erklärt, für eventuell auftretende Defizite aufzukommen. Sobald ihm dieser Gemeinderatsbeschluss vorliegt, wird er den Mitgliedern des Kreistages eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen.

Einwohnerin 1 von der Elternvertretung der Grundschule in Gerwisch möchte wissen, was jetzt gemacht werden kann.

Der Landrat gibt an, dass ad hoc nur die Polizei und die Stadt Burg als Kooperationspartners des Landkreises gebeten werden kann, verstärkt Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen.

Einwohnerin 1 fragt nach, warum seit Schulbeginn noch keine Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt wurden.

Der Landrat vermutet, dass im Moment zu viele Anfragen aus der Region bei der Polizei eingehen und diese zu wenig Kapazitäten haben um allen Anfragen nachzukommen.

Frau Möbius äußert sich kritisch zum Thema.

TOP 4

Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 25.06.2025 - öffentlicher Teil -

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass gegen die Niederschrift vom _____ keine Einwendungen nach der Geschäftsordnung vorliegen.

Herr Henning bemängelt, dass der Dank, welchen er vom Ortschaftsrat Ferchland an den Landrat und die Mitglieder des Kreistages im Hinblick auf die Sicherung der Fähre überbringen sollte nicht in der Niederschrift festgehalten wurde.

Der Kreistag beschließt die Niederschrift einstimmig.

mit Änderung beschlossen: Ja-Stimmen: 38 Enthaltung: 1

TOP 5

Bericht der Sucht- und Drogenberatung Jerichower Land

Herr Fehrecke und Herr Eiglmeier von der Drogen- und Suchtberatung Jerichower Land stellen ihre Arbeit in Form von Zahlen, Daten und Fakten (**Anlage 1**) den Mitglieder des Kreistages vor.

Herr Hünnerbein spricht seinen Dank für das Engagement von Herrn Fehrecke und Herrn Eiglmeier aus. Die Aussage, dass sich die Klienten beim Konsum von Cannabis im Alter zwischen 8 und 17 Jahren befinden, findet er erschreckend. Er möchte wissen, wie die Altersstruktur beim Konsum von Cannabis ist. Ist der 8-jährige Klient ein Einzelfall? Im Hinblick darauf betont er die Wichtigkeit der Drogen- und Suchtberatung im Jerichower Land.

Herr Eiglmeier berichtet, dass der 8-jährige Klient ein Einzelfall sei. Der Konsum von Cannabis im zweiten Halbjahr 2025 jedoch angestiegen sei, weshalb die Prävention ein wichtiger Bestandteil der Drogen- und Suchtberatung des Jerichower Landes ist.

Frau Möbius fragt nach, ob der Landkreis Jerichower Land schon immer Spitzenreiter beim Drogen- und Alkoholkonsum war, oder ob die Entwicklung sprunghaft angestiegen ist.

Herr Fehrecke führt aus, dass er nun seit 29 Jahren im Landkreis Jerichower Land tätig ist und es eher eine Dauerwelle ist als ein sprunghafter Anstieg. Es besteht nun allerdings viel mehr Offenheit in der Gesellschaft das Thema anzusprechen. Er berichtet von Firmen, die gezielt Hilfe für Mitarbeiter bei ihnen suchen, da diese mit einer Sucht zu kämpfen haben und Hilfe benötigen.

Herr Lauenroth möchte wissen, ob es zu den im Wirtschaftlichkeitsbericht angenommenen 90 Personen eine Statistik gibt, oder wie diese Zahl hergeleitet wird.

Herr Fehrecke berichtet, dass es diese gibt, da alle Fallzahlen in einem System erfasst werden müssen.

Der Landrat bedankt sich ebenfalls für den ausführlichen Bericht und äußert die hohe Zufriedenheit in der Zusammenarbeit. Er schätzt die Arbeit der Drogen- und Suchtberatung im Landkreis sehr.

TOP 6

01/102/25

Stellenplan 2025

Vorlage: 01/102/25

Der Landrat berichtet über das gemeinsame Gespräch im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsgespräches zum Stellenplan 2025. Als Ergebnis dieses gemeinsamen Austausches wurde die Anlage zur Beschlussvorlage nochmals überarbeitet und angepasst. Nunmehr sind alle Stellen aus der Sperrvermerksliste notiert, die mit Blick auf die Beratung unstrittig sind. Über den Rest der Stellen mit Sperrvermerk soll der KT dann nach erneuter Beratungsrunde im Dezember entscheiden.

Frau Möbius stellt mehrere Fragen zu einzelnen Stellen, welche durch den Landrat, den Beigeordneten und den Vorstand umfassend beantwortet werden.

Herr Scharfenort verlässt das Präsidium und betont, dass der Abstimmungsbedarf zu den Stellen immer noch hoch ist. Er bemängelt, dass die Stelle im Rechnungsprüfungsamt gestrichen wurde.

Der Landrat zeigt auf, dass nun drei Abstimmungsrunden mit den Fraktionen zum Stellenplan 2025 stattgefunden haben. Er stellt richtig, dass die Stelle im Rechnungsprüfungsamt nicht gestrichen, sondern in die Sitzung des Kreistages im Dezember aufgeschoben ist.

Herr Gericke stimmt dem Landrat zu und unterstreicht die Notwendigkeit heute über die vorgelegte Liste abzustimmen, da diese ausführlich diskutiert wurde.

Herr Lauenroth schlägt vor, dass jede Fraktion 10 Tage Zeit zur Beratung bekommt.

Herr Henning bemängelt die in der Liste verwendeten Abkürzungen, diese sind ihm nicht geläufig und er bittet Abkürzungen künftig auszuschreiben oder zu erklären.

Herr Hünenbein führt aus, dass das Landesverwaltungsamt den Stellenplan genehmigt hat und signalisiert die Zustimmung der Fraktion „Wir für das Jerichower Land“ zu dieser Beschlussvorlage inkl. der beigefügten Anlage.

Herr Gröpler signalisiert die Zustimmung der Fraktion CDU sofern die Stelle GLM-Sachbearbeiter Bewirtschaftung sowie die Bedarfsstelle herausgestrichen werden und stellt folgenden Antrag:

Die Fraktion CDU beantragt die beiden Stellen „Sachbearbeiter Bewirtschaftung“ sowie „Bedarfsstelle“ zur Abstimmung in den Dezember zu vertragen.

Der Beigeordnete weist auf die Befristung der Stelle in GLM bis 31.12.2026 hin.

Herr Gröpler korrigiert den Antrag der CDU dahingehend, dass dann lediglich die Bedarfsstelle gestrichen werden soll.

Herr Lauenroth äußert sein Unverständnis über die Streichung der Bedarfsstelle, da er diese am sinnvollsten empfindet.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt den Antrag von Herrn Gröpler, welcher die Streichung der Bedarfsstelle in der Anlage beinhaltet zur Abstimmung.

beschlossen: Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 6 Enthaltung: 7

Unter Berücksichtigung des Antrages von Herrn Gröpler stehen nun folgende Stellen zur Abstimmung:

- GLM – SB Bewirtschaftung
- FB 5.1 – Sozialarbeiter
- FB 5.1 – Rehabilitationspsychologe
- FB 7 – SB Naturschutz
- SG IT-Service – SB DigitalPakt Schulen
- FB 1/Schulen – Erzieher
- FB 1/Erzieher – Musikschullehrer
- FB 3 – SB Asyl
- Amt für Verbraucherschutz – Lebensmittelkontrolleur
- FB 1 / ATZ – Schulsekretärin

- FB 1 / ATZ – SB HbL
- FB 1 / ATZ – SB Kalkulation / Gebühren
- FB 1 / ATZ – SGL IT-Service

Der Vorsitzende des Kreistages stellt daraufhin die geänderte Beschlussvorlage wie folgt zur Abstimmung:

Der Kreistag beschließt die Aufhebung des auf der Sitzung des Kreistages am 25.06.2025 beschlossenen Sperrvermerkes für 8,7 Vollzeitäquivalente (VZÄ) unter folgenden Bedingungen:

1. Im Stellenplan 2026 erfolgen weitere Einsparungen in Höhe von 5 VZÄ.
2. Die Planung zum Stellenplan 2026 ff. erfolgt in enger Abstimmung mit dem Kreistag. Dazu wird eine Arbeitsgruppe aus 2 Vertretern jeder Fraktion gebildet.

mit Änderung beschlossen: Ja-Stimmen: 28 Nein-Stimmen: 11 Enthaltung: 0

Frau Pfannkuchen und Herr Hille verlassen die Sitzung

TOP 7

01/088/25

Bestätigung zur weiteren Erschließung des Landkreises im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus des Bundes nach der Gigabit-RL 2.0 "Graue Flecken" - Förderaufruf 2025
Vorlage: 01/088/25

Herr Henning möchte wissen, ob über diese Beschlussvorlage überhaupt noch abgestimmt werden muss, da in der Begründung steht, dass der Antrag bis zum 15.09.2025 zu erfolgen hat.

Der Landrat berichtet, dass der Antrag fristgerecht gestellt wurde, da dieser jederzeit widerrufen werden kann.

Der Kreistag beschließt unter Zugrundelegung der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“, den Landrat zu ermächtigen, alle erforderlichen Entscheidungen zum flächendeckenden Breitbandausbau im „Graue Flecken“ - Förderaufruf 2025 zu treffen und mit den anschließend beteiligten Städten und Gemeinden eine Kooperationsvereinbarung zu schließen.

beschlossen: Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 2 Enthaltung: 0

TOP 8

01/092/25

Fortschreibung SEPL BbS neuer Bildungsgang
Vorlage: 01/092/25

**Der Kreistag beschließt die 1. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung
Berufsbildende Schulen „Conrad Tack“ Burg für den Zeitraum der Schuljahre 2024/2025
bis 2028/2029**

beschlossen: Ja-Stimmen: 37 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 9

01/094/25

Fortschreibung SEPL Außenstelle Lindenschule

Vorlage: 01/094/25

Herr März verlässt das Präsidium und schildert, dass aus seiner Sicht ein Neubau der Außenstelle für die Lindenschule in Genthin nicht notwendig ist, da es im Landkreis flächendeckend die Möglichkeit gäbe, die Kinder in leerstehenden kindergerechten Gebäuden unterzubringen. So könnten die Kinder vor Ort betreut werden.

Der Beigeordnete berichtet, dass die räumlichen Kapazitäten der Lindenschule mehr als ausgeschöpft sind. Die Unterbringung in der Außenstelle Haus „Klein Mubi“ ist nicht als Dauerlösung geeignet und stellt nur eine Notlösung dar um den Bedarf an Schulplätzen abzudecken. Ein Neubau ist aus seiner Sicht unumgänglich.

Der Landrat informiert, dass mit dem Neubau 60 neue Plätze geschaffen werden. Eine Dezentralisierung wird durch das Landesschulamt als schwierig betrachtet, da Personal zur Betreuung der Schüler knapp ist. Er dankt seinen Kollegen ausdrücklich für die praktische Übergangslösung, die zu einer spürbaren Entlastung der Betreuungssituation an der Lindenschule geführt hat.

**Der Kreistag beschließt die 3. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für die
allgemeinbildenden Schulen für den Zeitraum der Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027.**

beschlossen: Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 0

TOP 10

01/085/25

Abdeckung des Jahresfehlbetrages der NJL mbH für das Geschäftsjahr 2024

Vorlage: 01/085/25

beschlossen: Ja-Stimmen: 37 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Der Kreistag beschließt den Jahresfehlbetrag der Nahverkehrsgesellschaft Jerichower Land mbH des Geschäftsjahres 2024 in Höhe von -34.443,25 EUR mit dem Gewinnvortrag zu verrechnen und den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

TOP 11

01/084/25

Entlastung des Aufsichtsrates der NJL mbH für 2024

Vorlage: 01/084/25

Die sechs befangenen Mitglieder des Kreistages kehren in den Sitzungssaal zurück.

Der Kreistag stimmt der Entlastung des Aufsichtsrates der Nahverkehrsgesellschaft Jerichower Land mbH für das Geschäftsjahr 2024 zu.

beschlossen: Ja-Stimmen: 30 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 6

TOP 12

01/097/25

Abberufung des Kreisbrandmeisters

Vorlage: 01/097/25

Der Kreistag beschließt, Herr Maik Friedrich von der Funktion des Kreisbrandmeisters zu entbinden und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zum 31. Juli 2025, 24:00 Uhr, zu entlassen.

einstimmig beschlossen: Ja-Stimmen: 37 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 13

AG/15/25

Antrag der CDU Fraktion zum Bildungsantrag

Vorlage: AG/15/25

Frau Möbius führt zum Antrag der CDU aus.

Herr Hünerbein möchte wissen, ob auch andere Parteien auf die Resolution zum Bildungsantrag reagiert haben.

Der Landrat berichtet, dass auch die Partei DIE LINKE auf die Resolution reagiert haben.

Frau Möbius informiert, dass das Schreiben von Herrn Ministerpräsidenten Haseloff durch das Kreistagsbüro per E-Mail nachgereicht wurde.

Herr Gericke wirft ein, dass es einen Antrag der SPD Fraktion im Landtag gibt, der die Fragen des Antrages der CDU aufnimmt und in den Landtag einbringt. Die Hauptforderung des Antrages der SPD im Landtag ist, den Betreuungsschlüssel in den Kita's zu erhöhen.

Frau Möbius bemängelt im Schreiben der SPD Fraktion, dass die Verantwortung zur Erhöhung des Betreuungsschlüssels in die Gemeinden abgegeben wird und den Gemeinden für die Umsetzung jedoch die finanziellen Mittel fehlen.

Der Kreistag beschließt den Antrag AG/15/25 der Fraktion CDU wie folgt:

Die CDU Fraktion im Kreistag JL beantragt folgende Fragen aus dem Kreistag zum Antwortschreiben der SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt zum Bildungsantrag schriftlich einzureichen und beantworten zu lassen.

- (1) Ist die Herstellung gleicher Start- und Bildungschancen für alle Kinder laut SPD nun abhängig vom Haushalt und dessen Priorisierung der Stadt oder Gemeinde, in die es hin eingeboren werden?

- (2) Wie passt es zusammen, dass die SPD- Fraktion im Landtag einerseits eine zwei Klassen-Bildung befürwortet, wo sie doch an anderer Stelle, davon spricht, dass die Qualität der Kinderbetreuung nicht aus Einspargründen verringert werden darf?
- (3) Wann wird das Sozialministerium auf die sinkenden Kinderzahlen reagieren und dies als Chance für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels sehen, damit Sachsen Anhalt nicht mehr das Bundesland mit dem schlechtesten Betreuungsschlüssel ist?

beschlossen: Ja-Stimmen: 23 Nein-Stimmen: 5 Enthaltung: 9

TOP 14

AG/13/25

Antrag der Fraktion AfD - Erstellung eines Informationsschreibens an alle syrischen Staatsbürger im Leistungsbezug
Vorlage: AG/13/25

Abgesetzt.

TOP 15

AG/14/25

Antrag der Fraktion AfD - Digitalisierung des Schülertickets
Vorlage: AG/14/25

Herr Köhler führt zum Antrag aus.

Der Beigeordnete berichtet, dass der Landkreis Jerichower Land beschlossen hat, ab dem Schuljahr 2025/2026 – also ab dem 11. August 2025 – allen anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern aus dem Jerichower Land ein Deutschland-Ticket zur Verfügung zu stellen, um die Schülerbeförderung sicherzustellen.

Das Deutschland-Ticket wird bundesweit ausschließlich digital angeboten. Über die NJL kann es entweder als Chipkarte oder als Handy-Ticket (INSA D-Ticket APP) bezogen werden. Die anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler bzw. deren Erziehungsberechtigte haben die Möglichkeit, zwischen beiden Varianten zu wählen. Aktuell nutzen 818 Schüler das Deutschland-Ticket per Handy-App und 3.953 Schüler nutzen das Ticket per Chipkarte.

Vor diesem Hintergrund ist die beantragte Prüfung der AfD nicht notwendig. Die NJL geht davon aus, dass sich der Antrag nicht auf Einzelfahrausweise oder ähnliche Tarifprodukte des marego-Verbundes bezieht. Auch in diesem Bereich bieten die Verkehrsunternehmen innerhalb des marego-Verbundes bereits verschiedene digitale Lösungen an, die von den Fahrgästen der NJL genutzt werden können.

Herr Köhler führt aus, dass die Schüler, mit denen er gesprochen hatte das Verfahren so nicht kannten.

Er stellt daher den Antrag, den Antrag AG/14/25 in den Ausschuss für Bau, Wirtschaft und Verkehr zu überweisen, um das Thema zu vertiefen und zu überlegen, wie man diejenigen erreicht, die das Online-Ticket bislang noch nicht nutzen.

Herr Langer sieht keine Notwendigkeit den Antrag in den Ausschuss für Bau, Wirtschaft und Verkehr zu verweisen. Er hatte vor der Sitzung den Kontakt zu Frau Kramper, Geschäftsführerin

der NJL, gesucht und sich das Prozedere erklären lassen. Wer möchte, und das sind die meisten, kann ein Online-Ticket nutzen. Für all diejenigen, die das nicht wollen werden normale Tickets ausgestellt.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt den Antrag von Herrn Köhler zu Überweisung in den Ausschuss für Bau, Wirtschaft und Verkehr zur Abstimmung.

in Ausschuss verwiesen: Ja-Stimmen: 26 Nein-Stimmen: 5 Enthaltung: 5

TOP 16

Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Der Landrat berichtet über

- dass der Blitzer gemäß Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Burg nun seine Arbeit aufgenommen hat. Zahlen, Daten, Fakten werden dem Kreistag bekanntgegeben, sobald die ersten Auswertungen vorliegen.
- über die zweite Runde der Bewerbungsgespräche zu den Stipendien für Zahnmediziner. Da das Bewerberfeld sehr gut war, würde er gerne vier Personen an den Landkreis binden. Durch den aktuellen Beschluss sind nur drei Personen bewilligt.

Er kündigt daher eine entsprechende Beschlussvorlage für den Kreistag im Dezember an, mit welcher eine weitere Person für das Jahr 2025 bewilligt werden soll.

Des Weiteren schlägt er vor auch im Folgejahr dieses Stipendium noch einmal zu verlängern, da der Bedarf nach wie vor groß ist. Er wird dies in die Beschlussvorlage einfließen lassen.

- über die vorliegende Information, dass der Landesstraßenbaubetrieb die Aufgabe bekommen hat zwei Elbquerungen für den Bedarfsplan zu prüfen. Denkbar wären diese in Niegripp und Ferchland.
- über den aktuellen Stand zum Kooperationsvertrag für die Fähre Ferchland/Grieben
- über die Übergabe eines neuen Gerätewagens (GW Mess) für den Fachdienst ABC. Ebenso wurde an das DRK ein neuer Feldkochherd übergeben.
- über den Stand der Ausbildungsoffensive, welche vor drei Jahren gestartet wurde um gut ausgebildete Fachkräfte für den Landkreis zu bekommen. Angepeilt wurde die Verdopplung der Auszubildendenplätze. Nach drei Jahren kann nun das Fazit gezogen werden, dass immer weniger qualifizierte Bewerbungen eingehen und somit die Anzahl der Auszubildenden sich wieder reduzieren wird.
- zu den Auflagen der erteilten Haushaltsgenehmigung. Er gibt einen Überblick, welche Konsequenzen dies für den Landkreis hat. Unter anderem ist die Auszahlung der Kulturförderung sowie der Besuch der 100. grünen Woche und auch die Weiterbildung in der Verwaltung wurde auf das gesetzliche Minimum gestrichen. Er

erläutert die engen Vorgaben einer externen Haushaltssperre, welche ihm keinen Entscheidungsspielraum mehr geben. So fallen alle Sanierungsmaßnahmen, welche nicht als unabweisbar gelten weg, wie beispielsweise das Streichen von Klassenräumen an den Schulen.

- über die Einbringung der Beschlussvorlage für den Haushalt 2026 in die erste Sitzung des Kreistages im Jahr 2026
- über den nächsten Termin zur Beratung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, welcher am 12.11.2025 um 17 Uhr stattfinden wird. Er bietet an, im Rahmen der Beratung offene Fragen zu den heute nicht bewilligten Stellen des Stellenplan 2025 umfassend zu beantworten.
- über die Verwendung der zugesagten Fördermittel im Rahmen des Infrastrukturpaketes des Bundes. Die Schwerpunkte sollen in den nächsten 10 Jahren in den Bereichen Hoch- und Tiefbau aber auch bei Schulsanierungen und Schulerweiterungen liegen. Er kündigt an, im nächsten Ausschuss für Bau, Wirtschaft und Verkehr die ersten Maßnahmen vorzustellen, welche mit den Fördermitteln bezahlt werden können.

Der Beigeordnete fügt hinzu, dass mit dem Geld aus dem Infrastrukturpakt nicht so schnell gerechnet wird, da es mehr Fragen als Antworten gibt. Er informiert, dass das Infrastrukturgesetz noch nicht verabschiedet ist und bislang nur als Entwurf vorliegt. Von Seitens der Verwaltung wurde ein Maßnahmenkatalog erstellt, welcher 60 Maßnahmen enthält. Dieser wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Wirtschaft und Verkehr vorgestellt. Es weist jedoch nochmals daraufhin, dass noch nicht bekannt ist, in welchem Haushaltsjahr die Fördermittel auch tatsächlich abgerufen werden können.

Herr Gröpler, Herr Otto und Herr Rau verlassen den Sitzungssaal um 20:26 Uhr.

TOP 17

Anfragen und Anregungen

Herr Endert berichtet von gefährlichen Situationen für Schüler vor Schulen, wenn Eltern ihre Kinder dort mit den Autos absetzen. Er bittet darum, die Eltern hier über die Schulen zu mehr Rücksichtnahme aufzufordern.

Des Weiteren berichtet er von einer Gefahrensituation im öffentlichen Nahverkehr in Ihleburg Mühlstraße/Neuer Breiter Weg. Hier sollte ein Parkverbot für Pkw's eingerichtet werden, um mehr Platz für den Nahverkehr zu schaffen, der hier oftmals auf Grund der Enge und entgegenkommender Fahrzeuge scharf abbremsen muss. Dies wiederum führt dazu, dass Fahrgäste, welche sich zum Aussteigen bereits an die Tür gestellt haben stürzen können.

Der Landrat führt aus, dass das Ordnungsrecht innerhalb der Ortschaften bei den Gemeinden liegt. Er nimmt diesen Hinweis gerne mit und gibt diesen an die NJL weiter, damit diese sich mit der Gemeinde in Verbindung setzen kann.

Herr März informiert den Kreistag darüber, dass er die von Herrn Endert in der vergangenen Sitzung des Kreistages aufgetragene Prüfung zur Sauberkeit in der Führerschein- und KfZ-Zulassungsstelle durchgeführt hat. Es war alles sauber und in Ordnung. Er konnte keine Beanstandungen feststellen.

Herr Scharfenort berichtet, dass er sich ein Bild von den maroden Kreisstraßen K 1784 und K1785 gemacht hat. Er wünscht sich, dass durch die Fördermittel aus dem Infrastrukturprogramm die Sanierung der beiden Straßen eventuell vorgezogen werden kann. Er erinnert an die Verkehrssicherungspflicht des Landkreises und die damit verbundene Pflicht, den Zustand der Straße zu verbessern.

Der Landrat stellt klar, dass Einigkeit darüber besteht, dass viele Straßen im Landkreis marode sind. Er führt aus, dass vom Land jährlich ca. 1,6 Mio EUR an Fördergeldern in den Landkreis fließen um Straßen zu sanieren, diese reichen für eine einzelne Maßnahme. Jede weitere Straßensanierung muss aus dem Haushalt des Landkreises finanziert werden.

Der Beigeordnete wirft ein, dass die Ortsdurchfahrt in Kalitz zudem eine Angelegenheit der Gemeinde ist, da es sich um eine Gemeindestraße handelt.

Herr Scharfenort bittet darum, dass sich mit dem Ortschaftsrat in Verbindung gesetzt wird und ein Austausch stattfindet.

Frau Krüger signalisiert, dass die Gemeinde bereits an Lösungen in Bezug auf die Ortsdurchfahrt Kalitz arbeitet.

Frau Möbius äußert ihre Enttäuschung darüber, dass sie auf ihre Anfrage zur Installation eines Rotlichtblitzers in der Sitzung des Kreistages vom 20. März 2025 keine Rückmeldung von der Verwaltung erhalten hat. Die durch den Landrat angebotene Lösung ist für sie nicht zufriedenstellend, da die Gemeinde Biederitz über keinen Haushalt und damit auch über keine finanziellen Mittel verfügt um einen Beschluss, wie vom Landrat vorgeschlagen, zu beschließen.

Der Landrat wirft ein, dass auch dem Landkreis finanziell die Hände durch die Haushaltssperre des Landesverwaltungsamtes gebunden sind. Zudem ist er verpflichtet, den Mitgliedern des Kreistages die finanziellen Auswirkungen dazulegen. Eine entsprechende Vereinbarung mit der Gemeinde Biederitz ist daher notwendig. Er bietet an, im Rahmen eines gemeinsamen Gespräches mit dem Landesverwaltungsamt und der Gemeinde Biederitz nach einer Lösung zu suchen, wie dieses Vorhaben auch ohne Haushalt realisiert werden kann.

Frau Albrecht berichtet vom schlechten Straßenzustand der K 1201 und schildert den dringenden Sanierungsbedarf. Sie bittet um eine Ortsbegehung.

Des Weiteren spricht sie dem Landrat gegenüber ihr Lob aus, für den ausführlichen Bericht unter TOP 16 und die ausführlichen und umfangreichen Gespräche zum Stellenplan.

Der Beigeordnete führt zur K 1201 und den bereits durchgeführten Sanierungsmaßnahmen aus.

Herr Hünenbein weist auf einen ebenfalls dringenden Sanierungsbedarf der Ortsdurchfahrt Lübs hin. Er plädiert für eine gerechte Verteilung der Mittel aus dem Infrastrukturpaket im Landkreis.

Herr Lauenroth schildert Verstöße gegen die Verordnung über die Zulassung und Regelung des Gemeingebrauchs auf dem Niegripper See im Bereich des Vogelschutzgebietes. Als Grund für die Verstöße sieht er die mutwillige Zerstörung der Hinweisschilder des Wasservogelschutzgebietes und deutlich zu wenige Kontrollen. Er bittet die untere Wasserschutzbehörde um das Aufstellen neuer Hinweisschilder und die Veranlassung regelmäßiger Kontrollen.

Frau Möbius verlässt die Sitzung um 20:56 Uhr.

Herr Henning bittet um Darlegung des aktuellen Standes zur Errichtung eines Kreisjugendbeirates.

Der Landrat führt aus, dass es sich hierbei um ein Thema für den Jugendhilfeausschuss handelt. Die Verwaltung beschäftigt sich bereits intensiv mit diesem Thema und stellt ihre Ergebnisse in einem der nächsten beiden Sitzungen des Kreistages vor.

Herr Henning berichtet aus der Sitzung des Kreissenorenbeirats, dass hier angeregt wurde mehr Defibrillatoren im Landkreis zu installieren. Aus seiner Sicht ist es jedoch viel wichtiger, Ersthelfer im Bereich der Herzdruckmassage zu schulen, um Leben zu retten. Er möchte wissen, ob der Landkreis hier unterstützen kann, beispielsweise in den Schulen.

Der Landrat begrüßt diesen Impuls. Er informiert, dass es mehrere private Initiativen im Landkreis gibt, die Defibrillatoren für den Notfall vorhalten. Des Weiteren verweist er auf die Ersthelferausbildung beim Erwerb eines Führerscheins und die damit verbundene Schulung inklusive Herzdruckmassage. Er zeigt auf, dass es eine Vielzahl an Angebote zur Ersthelferschulung im Landkreis gibt, beispielsweise beim DRK. Eine Unterstützung des Landkreises sieht er in Form einer Sensibilisierung der Bevölkerung verbunden mit einem Hinweis, der die Wichtigkeit einer solchen Ausbildung unterstreicht.

TOP 18

Schließen des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende des Kreistages schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:00 Uhr.

TOP 23

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende des Kreistages stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt bekannt, dass im nicht öffentlichen Teil keine/folgende Beschlüsse gefasst wurden.

TOP 24

Schließen der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages schließt die Sitzung um 21:04 Uhr.

Markus Kurze MdL
Vorsitzender

Sabrina Rösler
Protokollführerin